

Würzburg, den 02.07.2014

## **Offener Brief des Fachschaftenrats**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Studierendenvertretung begrüßen wir jeden neuen Studierenden als einen von uns und freuen uns darüber, dass er in die Gemeinschaft unserer Julius-Maximilians-Universität (JMU) eingetreten ist. Trotzdem sehen wir die prognostizierte Entwicklung der Studierendenzahlen mit Sorge, denn weiter steigende Studierendenzahlen gehen mit zusätzlichen Einwohnern für die Stadt Würzburg Hand in Hand. Die Stadt Würzburg ist mittlerweile, wie wir im Folgenden zeigen werden, nicht nur an ihre infrastrukturellen Grenzen gestoßen.

### **Mehr Studierende bedeutet mehr Einwohner.**

Der Freistaat Bayern ist mit der JMU die sogenannte Ausbauplanung, eine wechselseitige Verpflichtung, eingegangen. Darin heißt es, dass die Universität Würzburg sich bis 2018 auf eine jährliche Aufnahme von ca. 4.800 Personen im ersten Hochschulsesemester (was keine Studiengang- und Studienortwechsler einschließt) verpflichtet. Im Gegenzug stellt der Freistaat Mittel zur Verfügung, um zusätzliches Lehrpersonal einzustellen und so die Qualität der akademischen Ausbildung sicherzustellen. Während die Universität dadurch bei der Aufnahme weiterer Studierender unterstützt wird, wird die Stadt mit ihren Infrastrukturellen- und Wohnraumbproblemen alleine gelassen.

### **Anspannung auf dem Wohnungsmarkt wird steigen.**

Aufgrund der festgesetzten Aufnahmezahlen von Studienanfängern bis 2018 geht die Universität davon aus, dass sie um ca. 2.000 Studierende anwachsen und sich bei einer Größe von ca. 30.000 Studierenden zum Jahrzehntwechsel einpendeln wird. Hinzu kommen die Studierenden der Hochschule für angewandte Wissenschaften (über 6.000) und der Hochschule für Musik (rund 600),

die in gleicher Weise den Wohnungsmarkt der Stadt beanspruchen. Laut Prognose der Kultusministerkonferenz ist nicht nur von einer vorübergehenden Steigung auszugehen.

### **Sechstgrößte Stadt Bayerns hat keine ausreichende Infrastruktur.**

Obwohl Würzburg eine Großstadt ist, hat sie, anders als München, keinen ausreichend leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Insbesondere zu den Stoßzeiten, wenn SchülerInnen- und Studierendenbeförderung kollidieren, zeigt sich dies deutlich. Die Busse sind hoffnungslos überfüllt und weitere können nicht eingesetzt werden, da die Straßen und "Bushaltestellen baulich nicht für eine größere Anzahl [an Bussen] konzipiert und ausgebaut sind", wie die Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB) bestätigt. Auch dieses Problem wird sich mit steigenden Studierendenzahlen weiter verschärfen und alle Einwohner Würzburgs betreffen.

### **Umlandgemeinden für Entlastung ungeeignet.**

Der schon in Würzburg nicht ausreichend starke ÖPNV dünnt sich im Umland weiter aus. Für Studierende ohne eigenes Auto stellen Siedlungen wie Sommerhausen, Veitshöchheim oder Kürnach keine zufriedenstellenden Wohnalternativen dar, da dortige Wohnungen auch in längeren Veranstaltungspausen und nach abendlichen Hochschulveranstaltungen (teilweise bis 21 Uhr) nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreicht werden können. Solange der ÖPNV nicht entsprechend ausgebaut wird, damit den Studierenden ein flexibles Zeitmanagement ermöglicht wird, das ihrem Studium gerecht wird, kommt das Würzburger Umland für studentisches Wohnen für nicht motorisierte Studierende nur sehr eingeschränkt und definitiv nicht dauerhaft in Frage. Aber auch für Studierende mit eigenem Auto sind die oben genannten und alle weiteren Umlandgemeinden kein adäquates Gegenangebot. Das liegt daran, dass die Universität nur über ein unzureichendes Parkplatzangebot verfügt, wie eine Studie aus dem Jahr 2011 belegt.

### **Wachstum braucht Freiheit**

Egal ob privater Geldgeber oder staatlich gefördertes Studentenwerk, beide brauchen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Daher plädiert der Fachschaftenrat der Julius-Maximilians-Universität dafür, dass insbesondere im Bereich des studentischen Wohnheimbaus überkommene Regeln überdacht werden. Aktuell muss für jeden vierten gebauten Wohnheimsplatz ein PKW-Stellplatz vorgehalten werden, was nicht notwendig ist, da die Zahl der Studierenden mit eigenem Auto seit Einführung dieser Regelung kontinuierlich abgenommen hat. Daher sollten sie überdacht werden, um Gelder nicht im Bau unnötiger Teilprojekte zu binden und so einen Anreiz für Investoren zu schaffen.

### **Lösungen mit wissenschaftlicher Expertise und Verstand.**

Die erwähnte Studie schlägt als Maßnahmen maßgeblich die

1. Verbesserung der Ampelschaltung am Rennweg und in der Rottendorfer Straße,
2. Einrichtung von Park&Ride-Parkplätzen in Heidingsfeld, Rottendorf und am Hubland sowie
3. Optimierung der Vertaktung der Busse im Bereich des Hubland-Campus und auf den Zubringerlinien

vor. Diese werden vom Fachschaftenrat der Universität Würzburg nachdrücklich unterstützt. Der Fachschaftenrat fordert desweiteren, dass

4. der Anteil des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere in Hinblick auf die Erschließung des neuen Stadtteils "Hubland", erneut erhöht wird,
5. Bauanträge im Bereich des studentischen Wohnungsbaus vorrangig bearbeitet werden,
6. die WSB in ihren Haushalt die nötigen Mittel einstellt, um die Buslinien zum Campus Hubland Nord und Süd bedarfsgerecht auszubauen (beispielsweise durch Expresslinien auf alternativen Routen) und die Straßenbahnlinie 6 schnellstmöglich zu realisieren.

Neben diesen, an die Stadt Würzburg und den städtischen Eigenbetrieb WSB gerichteten Forderung, ist es unerlässlich, dass

7. die *Universität* weitere Parkmöglichkeiten auf dem Hublandcampus schafft,
8. der *Freistaat Bayern* die Förderung für Wohnheimsbau, aus dem dem Freistaat Bayern vom Bund zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zugewiesenen Mitteln, entsprechend des derzeit akuten Bedarfs erhöht und insbesondere das *Studentenwerk Würzburg* sowie private Investoren zeitnah tätig werden,
9. der *Freistaat Bayern* die Stadt Würzburg bei der Umsetzung der teuren, aber dringend benötigten Straßenbahnlinie 6 finanziell unterstützt.

Die Angesprochenen werden darum gebeten, zu diesen Forderungen Stellung zu beziehen.

### **Handeln aus tiefster Überzeugung der Notwendigkeit.**

Der Fachschaftenrat hat die oben aufgeführten, ambitionierten Forderungen in der festen Überzeugung erhoben, dass Würzburg diese Maßnahmen benötigt, um künftig für alle BürgerInnen sowie für die Studierenden bezahlbar zu sein und dadurch die Lebensqualität zu steigern.

Im Rahmen dessen, was wir als Vertreter der Studierenden hierfür leisten können, werden wir uns für Würzburg engagieren. Daher wollen wir diese Maßnahmen nicht nur anregen, sondern auch konstruktiv begleiten.

Dabei hoffen wir auf willige und konstruktive Gesprächspartner zu treffen, die sich wie wir im obigen Sinne für Würzburgs Zukunft einsetzen möchten.

Im Namen des Fachschaftenrats mit freundlichen Grüßen



Markus Frank, Vorsitzender

Dieser Brief geht ebenfalls an das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, die Stadt Würzburg sowie an die gesamte Universitätsleitung der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.